

Helmut Wittelsbürger/Daniel Klein

# Das Baskenproblem: Achillesferse der Einheit Spaniens

**Die baskischen Autonomiebestrebungen gefährden Spaniens staatliche Einheit und sind zur wichtigsten innenpolitischen Frage des Landes geworden. Durch den Waffenstillstand der ETA besteht Hoffnung für den von allen Spaniern herbeigesehnten inneren Frieden. Nach den Wahlen zum baskischen Regionalparlament Ende Oktober 1998 bildete sich Ende Dezember 1998 eine Regierung, die ausschließlich aus politischen Kräften besteht, die eine Loslösung des Baskenlandes von Spanien propagieren und einen eigenständigen baskischen Staat in der EU anstreben.**

Mit dem Ende der Franco-Zeit und der Ausarbeitung der heute gültigen demokratischen Verfassung im Jahre 1978 ist der Konflikt zwischen dem Baskenland und der Madrider Zentralregierung nicht beigelegt worden. Obwohl in der Verfassung die nationale Vielfalt Spaniens ausdrücklich betont wird, wurde seither nach Ansicht vieler Basken dem Wunsch nach mehr Eigenständigkeit nicht genügend Rechnung getragen. Als Begründung für mehr Autonomie sieht der baskische Nationalismus die kulturelle und sprachliche Besonderheit des Baskenlandes an. Das Baskische ist als nichtromanische und nichtindoeuropäische Sprache mit keiner der anderen auf der Iberischen Halbinsel gesprochenen Sprachen verwandt. Diese Andersartigkeit führte um 1895 zum Erwachen des baskischen Nationalismus und zur Gründung des Partido Nacionalista Vasco (PNV)<sup>1)</sup>

In der Ära Franco (1939-1975) wurde in Spanien jeglicher separatistischer Nationalismus, der auf kultureller Eigenständigkeit basierte, vor allem in Katalonien und im Baskenland, unterdrückt. Der Gebrauch der baskischen Sprache war sowohl im öffentlichen als auch im privaten Leben verboten. Als der baskische Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg seine Hoffnungen auf einen Sturz Francos enttäuscht sah, trat Anfang der sechziger Jahre zum erstenmal die ETA als militante nationalistische Gruppe in Erscheinung. Radikaler Nationalismus, gepaart mit marxistischen und anarchistischen revolutionären Zielen, fügten sich zu einem Ideengebäude zusammen, das offenbar für eine nicht unbedeutende Anhängerschaft attraktiv ist. Seit nunmehr 30 Jahren macht die ETA

durch Terroranschläge, die 1968 die ersten Opfer forderten, auf sich aufmerksam. Nach dem Tode Francos 1975 und der Verabschiedung der Verfassung 1978, die die Basken nicht ratifizierten, wurden den Autonomen Regionen mehr und mehr Kompetenzen übertragen. Dennoch blieb es bei der Spaltung des baskischen Nationalismus in eine bürgerlich-gemäßigte politische Partei (PNV) und die Terrororganisation ETA, die für eine Loslösung von Spanien mit Waffengewalt und die Errichtung eines baskischen Staates unter Einschluß der spanischen Autonomen Region Navarra und der baskischen Teile der benachbarten französischen Departements eintritt. Die Anschläge der ETA kosteten in der Zeit von 1968 bis 1998 769 Menschen das Leben und erzeugten im Baskenland ein Klima der Einschüchterung und Bedrohung. Der Staat reagierte Anfang der achtziger Jahre mit der Aufstellung von Antiterrorgruppen, die unter der Verantwortung des damaligen sozialistischen Innenministers Aktionen durchführten, die nach Ansicht des obersten spanischen Gerichtshofes rechtsstaatliche Grenzen überschritten und Mitte 1998 zur Verurteilung der damals politisch Verantwortlichen führte. Vor Weihnachten 1998 wurden der frühere Innenminister und sein Staatssekretär durch einen Gnadenakt der Regierung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Im September 1998 verkündete die ETA einseitig einen unbefristeten Waffenstillstand. Vorausgegangen waren nach der Ermordung mehrerer kommunaler Abgeordneter des Partido Popular große Demonstrationen im Baskenland und in nahezu allen spanischen Städten, in denen die Bevölkerung ein Ende der Gewalt forderte. Daneben gelangen der spanischen und französischen Polizei im Laufe des letzten Jahres beachtliche Erfolge im Kampf gegen den Terror. Auch das Vorbild des Waffenstillstands und der Fortschritte im nordirischen Friedensprozeß sind zu beachten; die ETA verglich die eigene Rolle gerne mit der der IRA, während sich Herri Batasuna (HB)<sup>2)</sup>, der politische Arm der ETA, in der Rolle Sinn Fein gefiel. Durch die Aufnahme von Gesprächen zwischen Sinn Fein und der Regierung Blair sahen sich ETA und HB gezwungen, den kompromißlosen Kurs zu überdenken. Dabei kam HB zugute, daß die gemäßigten baskisch-nationalistischen Parteien Gesprächsbereitschaft zeigten. Diese Gespräche mün-

- 1) Partido Nacionalista Vasco (PNV): 1895 gegründete und älteste nationalistische Partei, christlich-demokratisch und Mitglied von EVP (Europäische Volkspartei) und CDI (Christlich-Demokratische Internationale). Sie stellt seit 1980 den *Lendakari* (den baskischen Ministerpräsidenten) und tritt für Autonomie mit mehr Selbstbestimmungsrechten für das Baskenland ein.
- 2) Herri Batasuna (HB, Einiges Volk): Als erweiterte Wahlkampfallianz nennt sich HB seit September 1998 Euskal Herriarrok (EH, Baskenbürger). HB wurde 1978 als politischer Arm der ETA gegründet. HB steht für die Errichtung eines unabhängigen baskischen Staates unter Einschluß von Navarra und den französisch-baskischen Provinzen. HB erkennt die Spanische Verfassung und das baskische Autonomiestatut nicht an.

- 3) Euskadi Alkartasuna (EA, Baskische Solidarität): Sie ist nationalistisch, eine sozialdemokratische Abspaltung des PNV und tritt ebenfalls für die baskische Unabhängigkeit von Spanien ein. Der Vorsitzende Garaikoetxea war erster Ministerpräsident des Baskenlandes nach der Franco-Diktatur.
- 4) Izquierda Unida: Von den Kommunisten geleitete Koalition der vereinigten Linken, die für das Selbstbestimmungsrecht aller Regionen in einem republikanisch-föderalistischen Staat eintritt.
- 5) Partido Popular: Spanische Regierungspartei, die in Madrid mit der Unterstützung des PNV regiert. Sie steht hinter der geltenden Verfassung und dem bisherigen Autonomiestatut. Der PP hat in der Zeit vor der Wahl Gesprächsbereitschaft gegenüber HB und ETA angedeutet.
- 6) Partido Socialista Obrero Español – Sozialistische Spanische Arbeiterpartei; der baskische PSOE nennt sich PSE.

deten schließlich in die Erklärung von Estella vom 12. November 1998, die von PNV, EA<sup>3)</sup>, HB, IU<sup>4)</sup> und 19 weiteren sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen des Baskenlandes unterzeichnet wurde. Diese Erklärung enthält eine Verpflichtung zu allseitigen und offenen, gleichzeitig aber rein baskischen Verhandlungen über die Zukunft des Baskenlandes (sogenannter alleiniger baskischer Entscheidungsspielraum).

Die Kontakte des PNV zur HB stellten eine Abkehr von der bisherigen Übereinkunft aller spanischen demokratischen Parteien dar. Bisher galt der Grundsatz: mit ETA wird nicht verhandelt, solange ETA mordet. Folglich wurde dieser Dialog von PP<sup>5)</sup> und PSOE<sup>6)</sup> heftig kritisiert. Dieses Thema hatte nach der Sommerpause 1998 großen Einfluß auf den Wahlkampf. Während vor dem Waffenstillstand der ebenfalls aus dem Baskenland stammende spanische Innenminister, Jaime Mayor Oreja, einen harten Kurs gegen die ETA vertrat und darin auch von der Opposition unterstützt wurde, konnte man in der Folgezeit eine Doppelstrategie der Regierung in Madrid erkennen. Zum einen betonte sie, daß sie am unnachgiebigen Kurs gegenüber der ETA festhalte, insbesondere da nicht abzusehen sei, ob ETA diesen Waffenstillstand nicht bloß verkündete, um die Wahlausichten der nationalistischen Parteien zu verbessern und sich darüber hinaus selbst eine Atempause zu verschaffen; zum anderen wurde jedoch Bereitschaft der Regierung zu Verhandlungen mit HB oder sogar direkt mit der ETA signalisiert. Ein Anzeichen dafür war auch unmittelbar vor der Wahl die Verlegung von vier in Haft befindlichen ETA-Angehörigen in baskische Gefängnisse. Dieses sich langsam abzeichnende Klima der Entspannung führte dazu, daß die Bürger des Baskenlandes erstmals in der Geschichte des neuen demokratischen Spanien ohne Angst vor terroristischen Anschlägen ihr Wahlrecht ausüben konnten.

### ■ Der Ausgang der Wahlen vom 25. Oktober 1998 und seine Bewertung

Mit einer Beteiligung von 70,7 Prozent der Wahlberechtigten erreichte der Urnengang vom 25. Oktober 1998 die höchste Mitwirkung an autonomen Wahlen

im Baskenland seit der Demokratisierung (zum Vergleich: 59,7 Prozent am 23. Oktober 1994). Die Wahlbeteiligung stieg um elf Prozent und lag nur unwesentlich unter der Beteiligung an den spanischen Parlamentswahlen vom 3. März 1996, als im Baskenland eine Wahlbeteiligung von 71,53 Prozent erreicht wurde. Stärkste Fraktion bleibt weiterhin der PNV mit 21 Sitzen im Regionalparlament und einem Stimmenanteil von 27,9 Prozent (1994: 22 Sitze und 29,8 Prozent). Zur zweitstärksten politischen Kraft avancierte der PP mit 16 Sitzen und 20,1 Prozent der Stimmen (1994: elf Sitze, 14,4 Prozent), der seinen Aufwärtstrend der letzten Jahre damit weiter fortsetzte. Dabei gelang es ihm erstmals im Baskenland, in der Gunst der Wähler den PSE zu übertreffen. Unter dem neuen Namen Euskadi Herritarrok (EH) kandidierte Herri Batasuna (HB), da bei den Großdemonstrationen gegen den Terrorismus der ETA der Name HB zum Synonym für den Terrorismus wurde. EH avancierte zur drittstärksten politischen Gruppierung (14 Abgeordnete; 17,9 Prozent der Stimmen; zum Vergleich 1994: elf Abgeordnete mit 16,2 Prozent Stimmenanteil). Auf den PSE entfielen 17,5 Prozent der Stimmen (1994: zwölf Sitze, 17,1 Prozent). Obwohl der PSE damit zwei Abgeordnete mehr entsendet als 1994, hat sich sein Stimmenanteil doch kaum erhöht.

Im Vergleich mit den allgemeinen Parlamentswahlen von 1996, als der PSOE noch 24 Prozent der Stimmen im Baskenland auf sich vereinigte, stellt sich das Ergebnis als ein Sieg mit bitterem Beigeschmack dar. Allerdings ist der PSE die einzige Partei aus der vormaligen Regierungskoalition im Baskenland aus PNV/PSE/EA, die Zuwächse verzeichnen konnte. Damit hat sich die Aufkündigung der Koalition durch den PSE im Juni 1998 ausschließlich für ihn als vorteilhaft erwiesen.

Auf EA entfielen 6,7 Prozent der Stimmen und sechs Sitze (1994: acht Sitze, 10,3 Prozent), auf die IU zwei Sitze und 5,6 Prozent der Stimmen (1994: sechs Sitze, 9,1 Prozent). Die UA<sup>7)</sup> verlor drei Sitze und blieb mit 1,2 Prozent (1994: fünf Sitze, 2,7 Prozent) hinter ihren Erwartungen zurück. Damit verstärkt sich der Trend zu den großen Parteien PNV, PP, EH und PSOE, die mit Ausnahme des PNV alle einen Zugewinn von Mandaten verzeichnen konnten. Insgesamt entfielen auf diese vier Parteien neun Sitze

7) Unidad Alavesa: Sie befürwortet die Zugehörigkeit zu Spanien, ebenso aber die Abspaltung einer autonomen, spanischsprachigen Region Álava vom Baskenland. Sie steht dem PP nahe und profitierte in den letzten Jahren vom baskischen Wahlmodus, nach dem jede Provinz, unabhängig von ihrer Größe, 25 Abgeordnete stellt. Aufgrund ihrer Stärke in der kleinsten Provinz Álava war UA immer überproportional vertreten.

mehr als 1994. Als Gewinner der Wahlen vom 25. Oktober 1998 sind der PP und EH zu bezeichnen. Zwar konnte der PNV in Vizcaya (mit 991 158 Wahlberechtigten die größte der baskischen Provinzen) seine Stellung als stärkste Partei behaupten, ebenso wie EH in Guipúzcoa (581 141 Wahlberechtigte), aber der PNV mußte seine Vormachtstellung in Álava (244 157 Wahlberechtigte) an den PP abgeben, der dort mit 26,9 Prozent der Stimmen einen Zuwachs von 10,7 Prozent gegenüber 1994 verzeichnen und damit sieben statt vier Sitze in dieser Provinz erringen konnte. Die Wähler aus Álava haben sich von der seinerzeitigen Absplitterung des PP abgewendet und der Mutterpartei ihre Stimme gegeben.

Trotz der Zugewinne von PSE und PP sind keine Verschiebungen zwischen den nationalistischen und den gesamtspanischen Kräften zu beobachten. Weiterhin besteht ein Verhältnis der Sitze von 41:34 zugunsten der nationalistischen Parteien PNV, EH und EA. Verschiebungen fanden folglich nur innerhalb der Blöcke statt. Die Gewinne des PP in Álava gehen zu Lasten der UA. Innerhalb des nationalistischen Blocks legte EH auf Kosten des PNV zu. Damit ist eine zunehmende Radikalisierung verbunden. Mit 54,5 Prozent der Stimmen schenkte die Mehrheit der Bevölkerung denjenigen Parteien ihr Vertrauen, die für eine größere Autonomie des Baskenlandes bis hin zu einer vollständigen Loslösung von Spanien eintreten. Bemerkenswert ist, daß das Verhältnis zwischen den gesamtspanischen und den nationalistischen Parteien in den neun größten Städten wesentlich vorteilhafter für die gesamtspanischen Parteien ausfällt. So konnten die nationalistischen Parteien PNV, EH und EA nur in San Sebastián (50,7 Prozent) und in Getxo (51,7 Prozent) die Mehrzahl der Stimmen erringen, während PSE und PP in sieben von neun Städten ihr regionales Durchschnittsergebnis übertrafen. Dies spricht dafür, daß die Politik, die eine weitergehende Selbstbestimmung für das Baskenland verfolgt, ihren Rückhalt in der Landbevölkerung findet, während in den Städten eine größere Identifizierung mit den gesamtspanischen Parteien festzustellen ist. Schließlich ist EH die einzige Partei, die im September den Pakt von Estella unterzeichnet hat (neben PNV, EA und IU) und gleichzeitig ihr Wahlergebnis von 1994 verbessern konnte.

## ■ Die Regierungsbildung und ihre Optionen

Nach den Wahlen standen dem PNV als stärkster Partei alle Wege zur Regierungsbildung offen: Eine Koalitionsregierung mit einer der gesamtspanischen Parteien, ein nationalistisches Bündnis unter Einbindung von EH/HB oder eine Minderheitsregierung aus PNV und EA.

Die Option einer Regierungsbildung aus nationalistischen Parteien bevorzugte der Vorsitzende des PNV, Xavier Arzalluz. Eine Unterstützung durch EH/HB wäre eine auf den Wählerwillen Rücksicht nehmende Option. Gestützt wurde seine Auffassung durch Umfragen vor der Wahl, in denen sich die Mehrheit der baskischen Bevölkerung für eine Regierung aussprach, die nur aus nationalistischen Parteien bestehe. Dennoch verhandelte der designierte, mit der Regierungsbildung beauftragte 'Ministerpräsident' Juan José Ibarreche zunächst mit PP und PSE. Dabei bemühte er sich, den Eindruck zu vermitteln, ihm liege daran, eine gesamtspanische Partei in die Regierung einzubinden. Gleichzeitig machte Ibarreche jedoch den „alleinigen baskischen Entscheidungsspielraum“, wie in der Erklärung von Estella festgelegt, zur Voraussetzung für die Regierungsbildung. Der Vorsitzende des PP im Baskenland, Carlos Iturgaiz, zögerte – in enger Absprache mit dem spanischen Ministerpräsidenten und PP-Vorsitzenden – keinen Augenblick, dieses Koalitionsangebot zurückzuweisen. Der baskische PP zog in der Öffentlichkeit damit das Odium auf sich, er habe kein Interesse an der baskischen Regierungsverantwortung. Tatsächlich wurde dem PP dies aus den Reihen des PSOE vorgeworfen.

Der PSE ließ sich einen längeren Zeitraum auf Koalitionsgespräche ein. Am 3. Dezember 1998 scheiterten jedoch auch diese Verhandlungen wegen der Grundbedingungen des Paktes von Estella, von denen der PNV nicht abrücken wollte und konnte. Im nachhinein ist festzuhalten, daß diese Forderung durch den PNV von Anfang an als Sollbruchstelle konzipiert war. Nur so wurde dem PNV die Möglichkeit eröffnet, mit geringerem Vertrauensverlust in der öffentlichen Meinung eine Minderheitsregierung mit Unterstützung durch EH/HB bilden zu können. Daß dennoch PNV und PSE nahezu zwei Monate

Koalitionsverhandlungen führten, läßt sich nur dadurch erklären, daß für den PSE die Beteiligung an der Regierung so wichtig war wie für den PNV dessen Verhinderung. Begründen läßt sich dies mit den Entwicklungen nach der Wahl: Anfang November erklärte J. M. Aznar, daß er zu direkten Friedensverhandlungen mit ETA bereit sei. Für die Sozialisten hätte die Regierungsbeteiligung im Baskenland die letzte Chance bedeutet, aktiv am Friedensprozeß mitzuwirken. Mit dem Ausschluß aus der Regierungsverantwortung sowohl in Madrid als auch in Vitoria sieht sich der PSOE in der unangenehmen Situation, jeweils als Opposition die Schritte der Regierungen unterstützen zu müssen, ohne selbst in nennenswertem Umfang Einfluß auf die Aufnahme oder den Fortgang der Verhandlungen nehmen zu können.

Der PNV wies die Regierungsbeteiligung einer gesamtspanischen Partei zurück, weil die Verschiebungen innerhalb des nationalistischen Blocks zugunsten des radikalen Nationalismus den PNV bei den Kommunalwahlen im Juni 1999 weitere Stimmeneinbußen zugunsten von EH/HB befürchten ließen. Darüber hinaus bestünde bei der Regierungsbeteiligung einer gesamtspanischen Partei die Gefahr, die eigene Glaubwürdigkeit bei EH/HB im Hinblick auf die Erklärung von Estella und die Äußerungen im Wahlkampf zu verspielen und dadurch den eigenen Beitrag im Friedensprozeß zu gefährden. Nach dem Angebot der Regierung in Madrid, direkt mit ETA in Kontakt zu treten und nach der Ankündigung von EH/HB, ebenfalls bei den nächsten allgemeinen spanischen Parlamentswahlen im Baskenland zu kandidieren, muß der PNV befürchten, daß die baskischen Wähler lieber den Protagonisten des Friedensprozesses, PP und EH/HB, ihre Stimme schenken. Um dies zu verhindern, muß der PNV weiterhin eine wahrnehmbare Größe im Friedensprozeß bleiben. Dies wäre um so schwieriger, wenn eine gesamtspanische Partei Einfluß auf die Regierungsbildung im Baskenland hätte.

Schließlich ist mit den Wahlen vom 25. Oktober 1998 der PP im Baskenland für den PNV ein ernstzunehmender politischer Gegner geworden. Obwohl beide Parteien in der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Christlich-Demokratischen Internationalen (CDI) Mitglied sind und somit derselben politischen

Familie angehören, haben sich die Spannungen in letzter Zeit verschärft.

PNV und Unió Democrática de Catalunya (UDC) (die katalanische Mitgliedspartei von EVP und CDI), gehören der sogenannten Athener Gruppe der EVP an, die sich u. a. gegen die Aufnahme der Forza Italia (FI) in den europäischen Parteienverbund aussprachen. Auch innerhalb des italienischen Parteienspektrums gab es unter den ehemaligen Christdemokraten ernstzunehmenden Widerstand gegen die Aufnahme der FI-Abgeordneten in die EVP-Fraktion. Ihre Verhinderung lag vor allem dem Senator auf Lebenszeit und ehemaligen Präsidenten Italiens, Francesco Cossiga, am Herzen. Cossigas Versuch mit der Unione Democratica per la Repubblica (UDR) in Italien eine neue, starke christlich-demokratische Zentrumpartei zu etablieren, hatte bislang noch keinen durchschlagenden Erfolg. Da die mögliche Mitgliedschaft der Partei Berlusconi zur Parteienfamilie der europäischen Christdemokraten insbesondere durch CDU/CSU und den spanischen PP gefördert wird, trat Cossiga in offenen Widerspruch zum spanischen Regierungschef. Dies erklärt auch seine Hartnäckigkeit, eine Einladung der Schwesterpartei PNV als Friedenstifter anzunehmen. Für diese Rolle fühlt sich Cossiga besonders qualifiziert, da er persönlich in der jüngeren italienischen Geschichte zwischen den *brigade rosse* und den Regierungsstellen erfolgreich vermittelt hatte. Er betrachtete es daher als einen Affront, als ihn die spanische Regierung im September 1998 bat, er möge der Einladung des PNV ins Baskenland wegen des laufenden Regionalwahlkampfes nicht nachkommen. Verärgert verschob Cossiga daraufhin seine Reise nach Bilbao.

In der Bitte der spanischen Regierung, auf die Reise zu verzichten, kam auch ihre Haltung zum Ausdruck, den Friedensprozeß als eine innerspanische Angelegenheit zu betrachten. Nichtsdestoweniger wurde diese Frage zum Gegenstand einer öffentlichen Auseinandersetzung auf dem Weltkongreß der Christlich Demokratischen Internationale in Madrid. In einem Redebeitrag bekräftigte Cossiga noch einmal seine Bereitschaft, in das Baskenland zu reisen, und fügte ironisch hinzu, daß ihn die Regierung in Madrid, um diese Reise zu verhindern, zur *Persona non grata* erklären müsse. Der spanische Innenmi-

nister Jaime Mayor Oreja entgegnete daraufhin, daß es in Spanien seit dem Ende des Franco-Regimes keine *Personae non gratae* mehr gebe.

Nachdem Cossiga seinen Besuch im Baskenland Ende November 1998 verwirklichte und Sympathien für die baskischen Positionen äußerte, bezeichnete er zum Abschluß José María Aznar als „machtverliebten Postfranquisten“ und verwies darauf, daß er mit dem spanischen König bereits über die kommende Demokratisierung Spaniens gesprochen habe als eine politische Karriere Aznars noch nicht ansatzweise absehbar gewesen sei. Angesichts dieser starken persönlichen Abneigung scheint eine Vermittlung im Baskenkonflikt durch Francesco Cossiga wenig erfolgversprechend. Die Vermittlungsbemühungen wurden mittlerweile sowohl von Seiten des PNV als auch Cossigas eingestellt.

Im Anschluß an den XII. CDI-Kongreß vom 13. bis 15. Oktober 1998 wurden von PNV und UDC Klagen über die Rolle des PP laut, da sich die beiden kleinen spanischen Parteien von ihrem großen Bruder an den Rand dieser Organisation gedrängt fühlen. Außerdem sei nach ihrer Ansicht mit der Wahl Javier Rupérez' zum Vorsitzenden des CDI eine Hinwendung zum Konservativismus unter der Führung Aznars mit breiter Mehrheit abgesegnet worden.

Am 29. Dezember 1998 wurde Juan José Ibarreche mit den Stimmen von PNV, EA und EH/HB zum baskischen Ministerpräsidenten gewählt. Auf seinen Gegenkandidaten vom PP, Iturgaiz, entfielen die Stimmen von PP und UA, während sich die Abgeordneten vom PSE und von der IU der Stimme enthielten. In seiner Regierungserklärung hob Ibarreche hervor, daß im Mittelpunkt seiner Amtszeit der Friedensprozeß stehe, der seine Fortführung nur in der Umsetzung und Weiterentwicklung der in Estella getroffenen Übereinkunft finden könne. Gleichzeitig wird nach Ansicht Ibarrechés die kommende Legislaturperiode von der Entwicklung der baskischen nationalen Identität bei einer gleichzeitigen stärkeren Hinwendung zu den nördlicher gelegenen europäischen Staaten und einer Abwendung von Spanien geprägt sein. Spitzenpolitiker des PNV machten deutlich, daß spätestens im Jahre 2002 das Baskenland ein eigenständiger Staat im vereinigten Europa sein würde, was von spanischen Politikern ironisch mit dem Hinweis

kommentiert wurde, das Baskenland sei bereits seit der Aufnahme Spaniens 1986 Mitglied in der EU.

Die Rede von Ibarreche wurde von PP und PSOE mit Bedenken aufgenommen. Der PNV sei das Risiko eingegangen, eine Minderheitsregierung mit Unterstützung durch EH zu bilden, ohne vorher durch entsprechende Vereinbarungen verbindliche Abmachungen mit EH getroffen zu haben. EH hat bereits signalisiert, daß die Unterstützung Ibarreches weniger seinem Programm gelte als vielmehr der Notwendigkeit einer Bündelung der nationalistischen Kräfte mit dem Ziel der Unabhängigkeit des Baskenlandes entspringe. Daß EH trotz der Wahl Ibarreches zum *Lendakari* (baskischer Ministerpräsident) die gegenwärtige politische Verfassung des Baskenlandes ablehnt, wurde deutlich, als EH der Vereidigung Ibarreches demonstrativ fernblieb.

Angesichts der jüngsten Vorfälle im Baskenland, der Drohungen gegen PP-Abgeordnete, des Brandanschlags auf die Bar eines PP-Sympathisanten und der Anschläge gegen Einrichtungen der Guardia Civil ist eine doppelte Handlungsstrategie der ETA erkennbar: Zum einen profitiert man politisch vom Waffenstillstand, zum anderen setzt man über die militante Jugendorganisation *Jarraia* Maßnahmen zur Einschüchterung politischer Gegner fort, um den Forderungen, hauptsächlich nach der Verlegung der in Haft befindlichen ETA-Angehörigen in baskische Gefängnisse und nach der Freilassung der ehemaligen Führungsspitze von HB, die sich wegen offener Unterstützung der ETA seit 1998 in Haft befindet, Nachdruck zu verleihen. Dieses Verhalten wird von allen politischen Kräften verurteilt. EH/HB wurden aufgefordert, sich ebenfalls von der Straßengewalt zu distanzieren. J. M. Aznar bekräftigte, daß kein tolerierbares Maß an Gewalt existiere, und auch J. J. Ibarreche machte deutlich, daß die Vorkommnisse der ersten Januarwochen 1999 die Zusammenarbeit mit EH stark belasteten; eine Fortführung des mit dem Pakt von Estella begonnenen Prozesses sei unter diesen Voraussetzungen nur schwer vorstellbar. Auch die politischen Führer von EA und IU ziehen sich nach der neuerlichen Zunahme der Straßengewalt allmählich von der Übereinkunft von Estella zurück. Bislang ließ sich HB jedoch nicht vom zunehmenden politischen Druck der demokratischen Parteien beein-

drucken. Vielmehr rechtfertigte Otegui, der Führer von EH im baskischen Parlament, die Anschläge als spontanen Ausdruck der Unzufriedenheit wegen der immer noch nicht vollzogenen Umsiedlung der ETA-Terroristen in baskische Gefängnisse.

Daß in Vitoria nun eine rein nationalistische Koalition regiert, versetzt die Regierung in Madrid nicht in übermäßige Unruhe. Gelegentlich entsteht der Eindruck, daß diese Konstellation dem PP nützlich sein kann. Zum einen brachte Innenminister Jaime Mayor Oreja die Hoffnung zum Ausdruck, daß mit der Einbindung von EH in demokratische Abläufe die interne Diskussion bei ETA beschleunigt werde, was zu einer weitgehenden Demokratisierung von ETA und EH führe. Am Ende dieses Prozesses sollte ein völliger Verzicht auf Gewalt stehen. Dies setzt allerdings voraus, daß es den politischen Kräften im Baskenland gelingt, auch andere Anschläge als gegen Personen zu überwinden und EH auf die Einhaltung demokratischer Spielregeln zu verpflichten.

Der baskische PP in Zusammenarbeit mit der Zentralregierung besitzt gute Chancen, sich gegen den nationalistischen Block im Baskenland zu profilieren und gleichzeitig den PSE in eine Nebenrolle zu drängen. Gemeinsam mit dem PSE kann der PP den Forderungen aus Vitoria mit größerer demokratischer Legitimität einen Riegel vorschieben, was mit Regierungsbeteiligung des PSE nicht möglich gewesen wäre. Innerhalb des PP herrscht die Meinung vor, der PSE hätte im Falle einer Regierungsbeteiligung nur eine bedeutungslose Rolle gespielt und nicht wie in vorangegangenen Legislaturperioden gewährleisten können, daß die Entwicklung im Baskenland im gesamtspanischen Interesse verlaufen würde.

Das Manuskript wurde am 19. Januar 1999 abgeschlossen.